



Internationale Politik
und Gesellschaft

Michael Bröning

Claudia Detsch

Joanna Itzek (Hg.)

IDEEN

MEINUNGEN

KONTROVERSE

Die wichtigsten Debatten 2019



Impressum

IPG – Internationale Politik und Gesellschaft

Verantwortlich: Dr. Michael Bröning

Redaktionsleitung: Claudia Detsch, Joanna Itzek

Lektorat: Sabine Dörfler

www.ipg-journal.de

Redaktionsanschrift:

Internationale Politik und Gesellschaft

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse

Hiroshimastrase 28 | 10785 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 269 35-77 09 | Fax +49 (0)30 / 269 35-92 48

redaktion@ipg-journal.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet

diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;

detaillierte bibliografische Daten sind im Internet

über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0568-3

Copyright © 2019 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24 | 53175 Bonn

Gesamtgestaltung & Satz: Ralf Schnarrenberger | Hamburg

Druck und Verarbeitung: BookPress | Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Poland 2019

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

JANUAR

DA WOLLEN WIR HIN!

Ein Gespräch mit Ulrike Guérot 10

KI K.O.

Von Virginia Dignum 19

DIE GRETCHENFRAGE DES EUROS

Von Dirk Ehnts 23

DEN RECHTSPOPULISTEN DAS GESCHÄFT VERDERBEN

Von Sheri Berman 27

FEBRUAR

GEFÄHRLICHE EUPHORIE

Von Björn Hacker 34

RÜCKKEHR DES STAATES

Von Nils Heisterhagen 39

DER PARTNER SITZT IM OSTEN

Von Erhard Eppler 45

AM TOTEN PUNKT

Von Paul Mason 48

MÄRZ

KEIN ENTKOMMEN

Von Johano Strasser 56

NULLNUMMER

Von Peter Bofinger 60

DIE MÄR VOM NAHENDEN KOLLAPS

Von Walter Posch 65

DIE EIGENTLICHE KATASTROPHE

Von Christoph Bornschein 70

APRIL

HOMO OECOMICUS IM AMT

Von Branko Milanović 76

»LIEBER KLIMAWANDEL ALS FREIHEITSVERLUST«

Ein Gespräch mit
Stephan Rammler 81

ALLIANZ VON GEWEHR UND WEIHWASSER

Von Sandra Weiss 88

DIE GRÜNE FALLE

Ein Gespräch mit Zack Grant **93**

GEMEINSAM OHNE TRUMP

Von Metin Hakverdi **103**

DIE THERAPEUTISCHE GESELLSCHAFT

Von Marc Saxer **109**

MAI

ZURÜCK ZUR VERNUNFT!

Von Rolf Mützenich **118**

MÄCHTIG ASOZIAL

Von Karin Pettersson **124**

DER MARKT

RICHTET ES NICHT

Von Jochen Steinhilber **129**

FÜR EINE REALISTISCHE UND FAIRE EINWANDERUNGS- POLITIK

Von Mette Frederiksen **136**

DAS GESCHÄFT MIT DER RÜSTUNG

Von Herbert Wulf **141**

»INNOVATION STATT RESTRIKTION«

Ein Gespräch mit Ralf Fücks **145**

»BISLANG KEIN ATOMKRIEG«

Ein Gespräch mit
Daniel Drezner **152**

JUNI

UNSOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Von Marcel Fratzscher **160**

ZUM SCHUTZ VERPFLICHTET

Von Bärbel Kofler **164**

INDUSTRIEPOLITIK, JETZT ABER RICHTIG

Von Gustav A. Horn **169**

MACHT STATT MORAL

Von Eszter Kováts,
Katerina Smejkalova **174**

JULI

DAS ZEITALTER DER DIGITALEN GEOPOLITIK

Von Annegret Bendiek,
Nadine Godehardt,
David Schulze **182**

**»ZU DEUTSCH,
ZU WESTEUROPÄISCH«**

Ein Gespräch mit
Uwe Optenhögel 187

**REALITÄT IST,
WAS BORIS DRAUS MACHT**

Von Christos Katsioulis 193

**MIGRANTEN, MILIZEN
UND DAS MITTELMEER**

Von Marco Funk 197

AUGUST

**»REALISTISCHER ANTIKAPI-
TALISMUS STATT MORALISCHE
UMERZIEHUNGSVERSUCHE«**

Ein Gespräch mit
Wolfgang Streeck 204

**DER GLOBALE FUSSABDRUCK
DER RECHTSPOPULISTEN**

Von Katharina Hofmann De Moura
214

AU REVOIR, FREUNDE!

Von Sophie Pornschlegel 219

**»ARBEITER NICHT GEGEN
FRAUEN UND MIGRANTEN
AUSSPIELEN«**

Ein Gespräch mit
Tarik Abou-Chadi 223

**WELTOFFENHEIT
+ EUROPÄISIERUNG
= UNGLEICHHEIT?**

Ein Gespräch mit
Cornelia Koppetsch 230

SEPTEMBER

ALLMÄCHTIGER!

Von Daniel A. Porras 240

**ASYLBLOCKADE LÖSEN,
GEMEINDEN STÄRKEN**

Von Gesine Schwan,
Malisa Zobel 245

**DIPLOMATIE
IN 280 ZEICHEN**

Ein Gespräch mit
Rainer Breul 250

**DIE WETTE AUF
DEN LINKSPOPULISMUS**

Ein Gespräch mit
Chantal Mouffe 255

NICHT ZU BENEIDEN

Von Christian Odendahl 267

OKTOBER

GANZ UND GAR

NICHT SMART

Von Maja Göpel,
Benno Pilardeaux **274**

EUROPAS GRÜNER DEAL

WIRD ROT

Von Delara Burkhardt **279**

VON INNEN ZERSETZT

Von Svenja Blanke,
Valeska Hesse **284**

DER FREIHANDEL IST TOT

Von Bernd Lange, Tim Peter **290**

NOVEMBER

DIE NEUE MACHT

DER STÄDTE

Von Henrik Maihack **296**

»LINKSLIBERALE HEGEMONIE UND HYBRIS«

Ein Gespräch mit
Wolfgang Merkel **302**

WIRTSCHAFTLICHE STREUBOMBEN AUF EUROPA

Von Jonathan Hackenbroich,
Mark Leonard **308**

IT'S THE DEMOGRAPHY, STUPID

Ein Gespräch mit
Katja Salomo **315**

DEZEMBER

»GRUNDLEGENDER ZUKUNFTSOPTIMISMUS«

Ein Gespräch mit
David Talbot **320**

NEUER BLICKWINKEL GEFRAGT

Von Jiang Feng **325**

SCHREI NACH LIEBE

Ein Gespräch
mit Julia Ebner **333**

JANUAR

DA WOLLEN WIR HIN!

**Gleiches Wahlrecht, gleiches Steuerrecht,
gleiche Sozialleistungen: Nur so hat Europa
eine Zukunft , sagt Ulrike Guérot.**

Ein Gespräch

Gemeinsam mit dem Schriftsteller Robert Menasse werben Sie für eine »Europäische Republik«. Ende 2018 wurde bekannt, dass Menasse angebliche Zitate in gemeinsam verfassten Artikeln frei erfunden hatte, so beispielsweise Aussagen des Europapolitikers Walter Hallstein. Wird der Skandal um die falschen Zitate Ihres Mitstreiters dazu genutzt, um Ihr Kernanliegen einer Europäischen Republik zu desavouieren?

Ich wiederhole aufrichtig und gerne meine Entschuldigung. Ich habe tatsächlich Zitate ungeprüft übernommen. Die zwei Zitate von Robert Menasse, um die es hier geht, die haben sich bei mir eingeschlichen wie ein Trojaner.

Allerdings finde ich den Zeitpunkt interessant. Konkret geht es um einen Artikel, der 2013 in der FAZ erschienen ist. Das ist immerhin sechs Jahre her. Wir haben bei den Europa-Wahlen 2014 nicht darüber geredet, aber vier Monate vor den Europawahlen 2019 kommt das jetzt hoch. Wir sind heute in einer ganz anderen Situation. Europa ist viel strittiger geworden. Jetzt fechten wir wirklich Deutungshoheiten an. Was früher von allen akzeptiert und geglaubt wurde, wird heute hinterfragt. 2013 wurden wir, auf gut Deutsch, verlacht. Aber 2019, wo wir jetzt tatsächlich im realpolitischen Raum mit unserem Vorschlag angekommen sind, werden wir angegriffen.

Ist Ihr Projekt der Europäischen Republik durch den Skandal nachhaltig beschädigt worden?

Das Diskursangebot der Europäischen Republik wird weiterhin gewürdigt und angenommen. Die Leute können sehr wohl differenzieren zwischen einer unglücklichen und bedauernswerten Zitat-Affäre und dem Diskursangebot. Und es ist nicht nur ein erfolgreiches Diskursangebot, weil sich so viele Menschen an unserer Aktion zur Ausrufung der Europäischen Republik beteiligt haben. Es ist auch erfolgreich, weil es von verschiedenen Parteien aufgegriffen wird. Die Europäische Republik steht jetzt perspektivisch im Parteiprogramm der Grünen. Und auf einer Mitgliederversammlung der FDP, auf der ich kürzlich war, tauchte das Thema ebenso auf. Das zeigt: Das Diskussionsangebot Europäische Republik hat einen großen Resonanzboden.

Haben die jüngsten Ereignisse bei Ihnen zu einer Neubewertung des Nationen-Begriffs geführt? Sie äußerten kürzlich, es gehe Ihnen gar nicht um die Abschaffung der Nation, sondern darum, die Nation nicht ethnisch einzugrenzen. Woher rührt dieser Umschwung?

Schon lange, bevor der Skandal einsetzte, habe ich zu Robert Menasse gesagt, dass wir uns mit dem Begriff der Nation einmal beschäftigen müssen. Die Leute scheinen ja ihre Nation zu brauchen. Es scheint eine emotionale Bindung zu sein. Eine sehr kluge Definition von Nation findet sich in einem Werk von Marcel Mauss, *Die Nation oder der Sinn fürs Soziale*. Das ist meine Bibel geworden. Mauss definiert Nation als institutionalisierte Solidarität. Profan gesprochen: Wer bekommt das gleiche Arbeitslosengeld? Wer bekommt Hartz IV? Die Deutschen. Darum sind die Deutschen eine Nation.

Sie kündigten an, dass Ihr nächstes Buch sich mit dem Thema »Nation« beschäftigt. Wie steht es denn um die Nation in Europa?

Ich habe mir fünf Definitionen von Nation herausgesucht, die nicht auf ethnische Volksidentität abzielen, sondern auf gemeinsamen Vorstellungen der Zukunft. Dann gehe ich anhand dieser Definitionen die heutigen Nationalstaaten durch mit der Frage: Kann man unter der Voraussetzung dieser Definitionen noch sagen, dass die heutigen Nationalstaaten noch Nationen sind? Ich komme zu einem fifty-fifty-Ergebnis. Gemeinsame Vorstellungen über die Zukunft kann man bei Großbritannien ja heute zum Beispiel nicht mehr so einfach annehmen.

Dann stelle ich die gleiche Frage mit Blick auf die EU: Ist gemessen an diesen zivilen Definitionen einer Nation vielleicht die EU schon eine Nation, ohne dass wir es gemerkt hätten? Da komme ich ebenfalls zu einem fifty-fifty-Ergebnis. Sie ist es natürlich noch nicht, aber sie ist immerhin schon auf dem Weg der institutionalisierten Solidarität. Was macht denn Bundesfinanzminister Olaf Scholz gerade? Er schlägt eine europäische Arbeitslosenversicherung vor.

Damit schlagen Sie dann den Bogen von der Nation zur Europäischen Republik?

Für mich ist ganz klar: Das, was die Nation zur Nation macht, ist in letzter Linie eben nicht die Identität oder das Völkische. Damit ein Volk zu einer Nation wird, braucht es im Prinzip einen Rechtsakt. Der Rechtsakt ist a) die Verfassung und b) die institutionalisierte Solidarität. Und wenn man das zusammenzieht, hat man im Grunde die Republik. Soll heißen: Nur durch die Republik, durch die Solidarität wird die Nation überhaupt zum Nationalstaat. Das ist die Schlaufe, um über die Hintertür der Nation wieder bei der Europäischen Republik anzukommen. Die funktionale Staatlichkeit lässt sich von der Identität entkoppeln. Das kann ich an Daten von Flandern, Schottland, Katalonien perfekt nachweisen: Das identitäre Begehren ist noch lange kein Unabhängigkeitsbegehren. Soll heißen: Sie können das identitäre Begehren entkoppeln von einer funktionalen Staatlichkeit. Und dann spricht überhaupt nichts dagegen, dass alle möglichen Nationen, in diesem Fall auch die Katalonen und die Schotten und wer auch immer eine Nation sein möchte, dass sie das auch sein können. Aber die funktionale Staatlichkeit drum herum, in die sie eingebettet sind, das ist dann etwas anderes. Das könnte genauso gut Europa sein, wie es heute für die Katalanen Spanien ist.

Sie plädieren also für ein gleiches Niveau der Sozialleistungen innerhalb Europas, um diese europäische Identität zu schaffen. Glauben Sie wirklich, dass man Globalisierungsverlierer in Deutschland mit dem Versprechen befrieden kann, Sozialleistungen im südlichen Europa auszubauen?

Zunächst einmal müsste man differenzieren zwischen der Euro-Zone und der Nicht-Euro-Zone. Robert Menasse und ich sagen immer: Ein Markt, eine Währung, eine Demokratie. Und die Demokratie heißt eben: Gleiches Recht für gleiche Bürger. Das ist die Idee. Wenn Sie sagen »gleiche Rechte«, dann heißt das:

gleiches Wahlrecht, gleiches Steuerrecht, gleiche Sozialleistungen. Die anderen müssten zunächst einmal in die gemeinsame Währung und dann in die gemeinsame Demokratie – im Prinzip ein Zwei-Stufen-Plan.

Wenn Sie sich die Zahlen angucken, gibt es natürlich Unterschiede im Euro-Raum. Aber die Unterschiede finden sich viel stärker zwischen Stadt und Land und Zentrum und Peripherie als zwischen verschiedenen Ländern. Norditalien ist genauso gut wie der Großraum Frankfurt, Brandenburg ist genauso schlecht wie Umbrien oder das Département Ardèche. Insofern stellt sich beim europäischen Mindestlohn oder beim europäischen Arbeitslosengeld gar nicht die Frage, ob die Deutschen wieder für die Italiener bezahlen würden. Im Wesentlichen würden die Metropolregionen und die prosperierenden Regionen für die ländlichen Regionen einen Transfer leisten. Deswegen wäre es hilfreich, die nationale Brille abzusetzen.

Wir reden immer sehr viel von der europäischen Demokratie und wir reden sehr viel von den europäischen Bürgern. Eine Demokratie aber hat zur notwendigen, wenn auch nicht hinreichenden Voraussetzung, dass die Bürger dieser Demokratie gleich sind vor dem Recht. Und wenn sie gleich sind vor dem Recht, dann wählen sie zu gleichen Bedingungen. *One person one vote* führt direkt zu *no taxation without representation*. Das heißt, es muss auch steuerrechtliche Gleichheit geben. Und dann muss natürlich der Zugang zu sozialen Rechten der gleiche sein. Sonst sind innerhalb der gleichen Demokratie Bürger zueinander in Konkurrenz gestellt.

Was jetzt der Fall ist.

Ja. Wir führen die großen Debatten über Italien und Budget und Salvini. Wir merken aber, dass der italienische Populismus oder Cinque Stelle vielleicht tatsächlich darin begründet liegt, dass die Italiener keine Grundsicherung haben wie wir Hartz IV und dass deswegen ein populistisches Begehren aufkommt gegenüber der Euro-Politik. Dann sind wir bei Oskar Negt: Eine Währungsunion ist schon ein Sozialvertrag. Ob Sie von populistischer Warte aus den Euro kritisieren oder von ordoliberaler Sicht oder eben auch aus linker Sicht – Sie kommen immer zum gleichen Punkt: Der Euro ist ein Sozialvertrag, der ohne soziale und fiskalische Einheit gemacht wurde. Deswegen funktioniert er für viele nicht. Für uns Deutsche funktioniert er ja. Aber für die anderen eben nicht.

Darum ist mir der Gleichheitsgrundsatz so wichtig, der a priori zunächst

einmal politisch-rechtlich die allgemeine politische Gleichheit der Bürger anerkennen müsste. Dann entscheiden wir als europäische Bürgerinnen und Bürger in unserem Parlament, wie viel Steuern wir bezahlen wollen. Wollen wir eine Erbschaftsteuer – ja oder nein? Wollen wir eine Vermögensteuer – ja oder nein? Wann wollen wir in Rente gehen? Es gibt dann nicht mehr diese chauvinistischen Diskussionen – Stichwort: Euro-Krise: Wir, die armen Deutschen, die wir erst mit 67 in Rente gehen können, müssen für die faulen Italiener bezahlen. Für mich ist das übrigens gar nicht utopisch.

Sie sagten kürzlich, Deutschland würde wieder gehasst in Europa. Wir merken es nur nicht. Die einzigen, die das noch nicht mitbekommen haben, sind die Deutschen. Das erleben Sie als einen sehr starken Trend?

Ja. Hinter der Anti-EU-Kritik ist manchmal ausgesprochen und manchmal nicht ausgesprochen, längst eine Anti-Deutschland-Kritik vernehmbar. Das kommt bei uns alles nicht an, weil es unter dem Stichwort Anti-EU verbrämt wird. Aber hinter Anti-EU steht derjenige, der in der Euro-Krise alles entschieden hat, sprich: wir. Ich finde, wir sollten diese Kritik ernst nehmen. Ich erinnere mich an einen Satz, den Jacques Delors immer gesagt hat: Die Franzosen sind europäisch, um nicht anti-deutsch sein zu müssen. Man kann also über das Europäische diese Latenz der Deutschland-Kritik, die in Frankreich eine lange Tradition hat, abpuffern. Aber wenn Europa nicht mehr funktioniert, dann ist das latente Anti-Deutsche wieder da.

Sie warnen eindringlich davor, die Debatte über Europa auf die Frage zu reduzieren: Wie hältst du es mit Europa – bist du dafür oder dagegen? Wie sehen Sie den beginnenden Europawahlkampf vertreten? Sind Sie optimistisch?

Ich habe eine andere Definition von Optimismus. Ich glaube, Vaclav Havel hat den klügsten Satz dazu geäußert, er hat gesagt: Hoffnung ist nicht, dass die Dinge besser werden, Hoffnung ist, dass man das Richtige tut, auch wenn sie nicht besser werden. In dieser dialektischen Haltung befinde ich mich. Ich sehe die Gefahr, dass das Europäische Parlament blockiert wird; dass wir über 30 Prozent sogenannter Populisten im Europaparlament haben werden. Insofern bin ich nicht naiv. Ich sehe die Bewegung der populistischen Kräfte und auch der Entkernung der europäischen Demokratie. Ich sehe vor allen Dingen auch den im-

mer nur zögerlichen Versuch der klassischen Parteien, denen irgendetwas entgegenzustellen.

Warum gehen die traditionellen Parteien den Populisten in dieser Frage in die Falle?

Man müsste ausdifferenzieren, was denn eigentlich Populisten sind. Es ist gerade Teil des Problems, dass wir immer die sogenannten Populisten gegen die sogenannte liberale demokratische Elite stellen, die Europa verteidigt. Dabei hat die EU tatsächlich ein Demokratiedefizit. Sie muss sich dringend reformieren. Wenn wir nun die legitime Kritik an der EU den Populisten überlassen, dann haben wir ein Problem. Die Nicht-Reformfähigkeit der EU, das Überhören der berechtigten und legitimen Kritik an der EU hat ja gerade dazu geführt, dass wir die berechtigte Kritik am System den Populisten überlassen haben. Wenn Boris Johnson sagt: »I am not in control«, hat er ja leider Recht. Wir haben ein Legitimitätsproblem in der EU. Der Bürger kommt nur nachgeordnet vor. Man darf zwar ein Europäisches Parlament wählen. Aber das Parlament entscheidet nicht über die Regierung. Wir haben überhaupt keine europäische Regierung.

In einer Nation kann ich die Macht abwählen und eine neue wählen. Das kann man in Europa eben nicht. Wir können alle im Mai wählen, aber was wählen wir denn? Kriegen wir eine neue Politik? Was wählen wir funktional? Wenn wir es ernst meinen mit Europa, müssen wir die Kritik der sogenannten Populisten ernst nehmen. Das allergrößte Problem besteht darin, dass die sogenannten Populisten wenigstens wissen, was sie wollen. Diejenigen dagegen, die die EU verteidigen, haben kein klares Ziel. In der Politik gewinnt immer derjenige, der ein klares Ziel hat. Insofern haben die Populisten natürlich einen energetischen Vorteil, weil sie eine klare Agenda haben. Abgesehen davon, ist Nein-Sagen immer leichter. Diejenigen, die die alte Ordnung verteidigen wollen gegenüber Leuten, die ganz klar eine neue Ordnung wollen und dafür klare Ziele haben, die verlieren immer.

Was kann man dieser Entwicklung entgegensetzen?

Hoffen wir nicht, dass die Dinge besser werden, tun wir das Richtige, auch wenn sie nicht besser werden. Deswegen mache ich das ja mit der Europäischen Republik. Ich benenne sehr klar, was ich will: den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz für alle Bürger, Wahlrechtsgleichheit, Steuerrechtsgleichheit, soziale Gleichheit

perspektivisch für die Euro-Zone, Parlamentarisierung. Die Verteidigung des Alten ist nicht genug, wenn die anderen etwas Neues wollen. Die anderen, das müssen wir auch sagen, wollen ja nicht kein Europa. Wer ist schon Gauland? Salvini ist viel klüger. Nicht, dass ich der AfD auch noch Hinweise für Taktik geben möchte, aber da ist die AfD sozusagen weit vom Schuss der modernen Wahlkampfführung. Die anderen haben verstanden, dass sie das Europäische Parlament lieber erobern. Die haben verstanden, dass mit einem Gegen-Europa-Diskurs keine Wähler zu gewinnen sind.

Deswegen glaube ich, dass die liberale Mitte nur dann eine Chance hat, wenn sie ganz klar jetzt ein großes, emotional bindungsfähiges, neues europäisches Projekt auf den Tisch bringt und sagt: Da wollen wir hin!

Wo sehen Sie die europäische Sozialdemokratie in diesem Zusammenhang? Sie argumentieren, die Zukunft der Sozialdemokratie entscheide sich zumindest europäisch, wenn nicht international. Die Demokratisierung Europas solle daher das große Zukunftsprojekt der europäischen Sozialdemokratie sein. Welche Vorstellungen verbinden Sie damit konkret?

Es war mir nicht vergönnt, in meiner Jugend eine Bindung zu der großen sozialdemokratischen Tradition aufzunehmen. Deren Wirkungsmächtigkeit ist mir tatsächlich erst in den letzten zehn, fünfzehn Jahren klar geworden. Gleichzeitig wurde mir auch klar, welche Tragik eigentlich mit der europäischen Sozialdemokratie in den letzten fünfzehn Jahren verbunden ist. Diese Verschiebung von der Sozialdemokratie hin zum Kapital, um ein bisschen unterkomplex zu sein. Die linke Bastion wurde geräumt, musste vielleicht sogar geräumt werden, weil es nicht anders ging. Dadurch ist tatsächlich diese Tragödie erwachsen, dass wir seit fünfzehn Jahren europaweit immer in großen Koalitionen hängen. In dem Moment, wo die Linke, die europäische Sozialdemokratie, die Rechts-Links-Auseinandersetzung zum großen Teil geräumt hat, hat sich natürlich der Widerstand woanders kanalisiert. Jedes System funktioniert politisch nur in der Polarisierung.

Positiv formuliert liegt dann doch ein sehr weites Feld vor den europäischen sozialdemokratischen Parteien, um ihr Profil wieder zu schärfen. Glauben Sie, dass die Sozialdemokratie dieses Feld besetzen wird?

Wissen Sie, ich bin in den letzten drei Jahren in sehr vielen deutschen Städten

gewesen mit dem Projekt der Europäischen Republik. Wenn sie in einer Veranstaltung mit den üblichen 300 bis 400 Leuten sagen: Glaubt ihr wirklich, wir können Europa machen in einer deutschen Version der Farm der Tiere, uns geht es hier gut und den Griechen oder Italienern nicht? Hättet ihr wirklich etwas gegen eine europäische Arbeitslosenversicherung? Dann können Sie davon ausgehen, dass Sie jenseits von zwei, drei AfD-Krakeelern 80 bis 90 Prozent der Leute bei sich haben. Es hat mich immer gewundert, warum dieser Platz für einen offensiven Diskurs in Richtung europäische Sozialversicherung nicht aufgegriffen wurde. Daher freue ich mich, dass Olaf Scholz ihn nun aufgreift mit dem europäischen Arbeitslosenfonds. Gleiches gilt für Hubertus Heil und den europäischen Mindestlohn.

Wenn Marcel Mauss Recht hat, dass institutionalisierte Solidarität das zentrale Kriterium für eine Nation ist, dann steht und fällt für mich die Frage Europas mit der Frage der institutionalisierten Solidarität im Sinne einer europäischen Sozialpolitik. Wir sollten jetzt eine europäische Sozialversicherung für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger machen und damit einen ersten Schritt zur Verwirklichung des allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatzes in Europa.

Hätten Sie in Deutschland nicht Sorge, dass eine solche Debatte sofort reflexartig genutzt wird, um den Eindruck zu erwecken, da sollten Gelder verschoben werden, Stichwort Transferunion? So war es ja auch bei der Debatte um die europäische Arbeitslosenrückversicherung.

Dann muss man in die Bütt und es muss gefochten werden. Ich sage das nachdrücklich: Damit steht und fällt Europa. Ich halte es für machbar, das nach vorne zu verteidigen. Wenn das nicht passiert, zahlen wir ja auch einen Preis. Das wissen die Leute durchaus. Die meisten Deutschen wollen ja Europa nicht verlieren. Wir haben eine satte Mehrheit für Europa. Den Deutschen muss aber klar sein, dass Europa natürlich einen Preis hat und dass wir diesen Preis ausfechten müssen. Wenn wir ihn nicht bezahlen, bezahlen wir auch und noch viel mehr. Wir sprechen hier vom Verlust der deutsch-polnischen Beziehungen, dem Verlust der deutsch-französischen Beziehungen, dem Verlust von Frieden, dem Verlust von Stabilität, dem Anwachsen des Populismus. Alles, was uns mal recht und lieb war, nämlich ein stabiles Umfeld, Nachbarn, die uns mögen, das ist nicht mehr da. Und auf einmal ist das Erschrecken groß. Wir sind ja gerade entsetzt

über den Preis, den wir derzeit bezahlen. Dann doch lieber mal eine europäische Arbeitslosenversicherung, oder? Ist doch billig.

Das Interview führte **CLAUDIA DETSCH**.

Dr. **ULRIKE GUÉROT** ist Gründerin und Direktorin des European Democracy Lab an der European School of Governance (eusg) in Berlin und lehrt an der Donau-Universität Krems (Österreich). Zuvor leitete sie von 2007 bis 2013 das Berliner Büro des European Council on Foreign Relations (ECFR).

KI K.O.

Die USA und China folgen bei der Künstlichen Intelligenz einem veralteten Skript. Nur Europa kann die Vision einer ethischen KI vorantreiben.

Von Virginia Dignum

Presse und Politik sind völlig fixiert auf den sogenannten Wettlauf um die Künstliche Intelligenz und die Position Europas in diesem Rennen. Den angeblichen Wettlauf, so warnten Ende Januar US-Firmenchefs in Davos, könnte China derzeit gewinnen. Auf Bloomberg wurde jüngst darüber berichtet, dass viele Länder sich sputen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Zu Recht weist der Artikel zwar darauf hin, dass es bis zur kommerziellen Nutzung der Künstlichen Intelligenz (KI) noch ein weiter Weg ist. Die Europäische Kommission aber äußerte im letzten Dezember in ihrem Ausblick zur Künstlichen Intelligenz ihre Sorge über die eigene Position im Wettlauf um die KI, von dem viele behaupten, Europa habe ihn bereits verloren.

Meiner Ansicht nach ist dieses Gerede vom Wettlauf so falsch wie gefährlich. Es hat ausschließlich den Wettbewerb im Blick und beschwört Trübsinn herauf. Dazu möchte ich zweierlei sagen: Erstens gibt es keinen Wettlauf. Und wenn es einen gäbe, wäre es zweitens nicht der, an dem man teilnehmen sollte.

Es gibt keinen Wettlauf, weil der Begriff schon von seiner Definition her nicht passt: In der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz gibt es keine Zielinie. Es lässt sich nicht bestimmen, wann und wo jemand diesen sogenannten Wettlauf für sich entscheidet. Die Annahme, dass sich dieses »Rennen« gewinnen ließe, setzt voraus, dass es einen Zeitpunkt gäbe, an dem wir aufhören könn-

ten, die Technologie weiterzuentwickeln und die Menschheit voranzubringen. Es mag einzelne Gefechte geben, die zu gewinnen sind, aber wenn jemand ein Gefecht gewinnt, heißt das noch lange nicht, dass er fertig ist.



Es ist ein Fehler, den USA und China in ihrem Wettlauf um das maschinelle Lernen blind hinterherzurennen.

Noch schwerer wiegt, dass es der falsche Wettlauf ist. Die USA und China setzen, um Künstliche Intelligenz zu entwickeln und so das angebliche Rennen zu »gewinnen«, auf die Entwicklung des maschinellen Lernens und insbesondere des Deep Learning. Solche Methoden arbeiten mit gewaltigen Datenmengen und großer Rechenleistung, mit deren Hilfe Maschinen charakteristische Merkmale eines bestimmten Gebiets erkennen oder erlernen können. So etwas setzt man für die Gesichtserkennung ein, für die Entscheidung über die Kreditwürdigkeit von Darlehensnehmern oder für die Erkennung von Krebszellen in Computertomografien und Röntgenaufnahmen.

Das sind alles relevante und wichtige Anwendungen, und in den letzten Jahren wurden hier beachtliche Fortschritte gemacht. Doch diese Methoden legen den Schwerpunkt auf einen einzelnen Aspekt der Intelligenz, nämlich die Fähigkeit, Unregelmäßigkeiten zu erkennen und auf der Grundlage dieser Erkenntnisse Vorhersagen zu machen. Echte Intelligenz aber geht weit darüber hinaus, schließt die Fähigkeit ein, Schlüsse zu ziehen, zu interagieren und auf der Grundlage weniger, unvollständiger und widersprüchlicher Informationen Entscheidungen zu treffen. Es ist daher dringend notwendig, dass Alternativen zu statistischen Lernmethoden erforscht werden.

Erst kürzlich gelangte eine Studie über 25 Jahre KI-Forschung zu dem Schluss, dass sich die Ära des Deep Learning dem Ende nähert. Europa hat traditionell seine Stärke im Bereich symbolischer KI-Methoden und (sozialer) Robotik. Die soziale Robotik widmet sich (teil-)autonomen Maschinen, die in Befolgung sozialer Regeln mit Menschen interagieren und kommunizieren. Die symbolische KI gilt auch als regelbasierte KI. Sie zielt darauf ab, kognitive Leistungen wie Logik, Deduktion und Planung in Computern abzubilden. Genau